Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 23. Juli 2025

Kianusch Stender

Jede Frau hat das Recht, selbst über ihren Körper und ihre Zukunft zu entscheiden

TOP 46: Schwangerschaftsabbrüche im Raum Flensburg (Drs. 20/3454(neu))

„In Flensburg gibt es in 5 Monaten kein Krankenhaus mehr, das ungewollt Schwangeren einen Abbruch ermöglicht. Nicht, weil es medizinisch unmöglich wäre. Nicht, weil niemand den Eingriff durchführen könnte. Sondern weil zwei Träger entschieden haben, dass moralische Überzeugungen des einen Trägers wichtiger sind als das Recht der Frau, über ihren eigenen Körper zu bestimmen.

Aus meiner Sicht ist das ein Skandal. Und viele Menschen in Flensburg sehen das genauso. Sie machen seit Jahren mit Nachdruck auf diesen Missstand aufmerksam.

Mich ärgert diese Veränderung wirklich sehr. Denn es ist kein Naturgesetz, dass Frauen in Flensburg bald keine sichere Versorgung mehr haben. Es ist eine Folge politischer und gesellschaftlicher Versäumnisse. Und es ist höchste Zeit, dass wir das ändern. Um es konkret zu machen, zähle ich die Versäumnisse aus meiner Sicht hier einmal auf:

- Die Stadt Flensburg hätte das Gelände für den neuen Krankenhausstandort am Peelwatt nicht an die Träger verkaufen dürfen, ohne im Kaufvertrag klar festzuhalten, dass am neuen Standort Schwangerschaftsabbrüche möglich sein müssen.
- Die katholische Kirche muss ihre antiquierte Haltung in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche verändern. Es darf nicht sein, dass das Leben in seinen frühesten Anfängen mehr zählt als das Leben und die Würde der Frau, die es trägt.
- Und wir als Staat hätten nicht zulassen dürfen, dass wir in so eine Situation kommen. Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass Krankenhäuser wieder in staatliche Hand kommen. Dann sind wir auch nicht länger abhängig von Interessen privater Träger und können die Versorgung so gestalten, wie wir sie für richtig halten.

Ich sage ganz klar: Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe des Staates – nicht von Kirchen, nicht von Ehrenamtlichen – dafür zu sorgen, dass Frauen Zugang zu diesen Leistungen haben.

In Flensburg werden derzeit rund 75% aller Schwangerschaftsabbrüche in gynäkologischen Praxen durchgeführt. Die meisten davon medikamentös. Die restlichen 25% aller Abbrüche, und sowieso fast alle operativen Eingriffe, in der Diako. Der Trend, und das kommt zu der dramatischen Lage hinzu, ist aber, dass in Flensburg viele alte Gynäkolog*innen ansässig sind, die

bald in Rente gehen und an mehreren Standorten auch keine Nachfolge gefunden haben. Das Krankenhaus würde also in Zukunft eigentlich eher mehr Nachfrage erfahren. Umso wichtiger, dass dieser dann auch entsprochen werden kann.

Und wenn wir schon dabei sind – das darf in dieser Debatte nicht fehlen: Wir müssen endlich den Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch streichen. Es ist nicht akzeptabel, dass Schwangerschaftsabbrüche immer noch grundsätzlich eine Straftat sind – mit Ausnahmen. Diese Logik stellt Frauen pauschal unter Verdacht, wenn sie über ihren eigenen Körper entscheiden. Das ist aus der Zeit gefallen.

Es ist gut, dass der Gleichstellungsausschuss der Stadt Flensburg das Projekt der „Abortion Buddys“ fördert. Und es ist auch gut, dass wir uns in diesem Antrag dazu entschließen, uns daran sowie an einem Sozialfond beteiligen. Vielleicht finden wir dann auch noch einen angebrachteren Namen für dieses Projekt. Aber es ist kein guter Kompromiss, dass Ehrenamt das auffangen soll, was eigentlich staatlicher Auftrag sein müsste.

Lassen Sie uns Frauen in Flensburg und Umgebung nicht alleine lassen. Lassen Sie uns deutlich machen: Ihr Körper gehört ihnen – nicht Kirchen, nicht Politik, nicht Gerichten.“